

Der Europarat teilt mit

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme**

Band (Jahr): **30 (1973)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Europarat teilt mit:

Nationale Berichte

Finnland: Innerhalb des Innenministeriums wurde unter Olli Ojala eine Abteilung für Umweltschutz eingerichtet.

Italien: 40 000 der 300 000 jährlich eingezogenen Dienstpflichtigen sollen zur Wiederherstellung des natürlichen Gleichgewichts eingesetzt werden, zunächst um die schnell zurückgehenden Waldbestände wieder aufzuforsten. Dies ist einer der Punkte des Achtpunkteprogramms des italienischen Ministers für Oekologie, Achille Corona.

Türkei: Eine Direktion für Umweltfragen wurde im Aussenministerium eingerichtet, während im Ministerium für Energie und natürliche Hilfsquellen ein Koordinationsausschuss zur Lösung von Umweltproblemen eingesetzt und Botschafter Mehmet Baydur zum Sonderberater für Umweltfragen des Premierministers bestellt wurde.

Vereinigtes Königreich: Britische Bürger können mit einer Geldstrafe von bis zu 100 Pfund für die Verschmutzung von Abwässern und Kanalisationsanlagen bestraft werden, sofern der Gesetzesentwurf zum Umweltschutz angenommen wird. Die Behörden schätzen, dass etwa 4 500 000 l verbrauchtes Motorenöl jährlich in die Abwässer gelangen, da rund 44 % der britischen Autofahrer ihren Ölwechsel selbst vornehmen.

Vereinigte Staaten: Bei einem Abstimmungsergebnis von 77 zu 20 Stimmen zugunsten des Alaska-Oelleitungsprojektes gab der Senat den Start frei zur Anlegung dieser 1262 km langen Erdölleitung. Dieses Projekt war Gegenstand zahlreicher Kontroversen gewesen. Ein Gesetzesänderungsantrag, durch den jeder gegen den Bauherrn zugunsten des Umweltschutzes angestrebte Prozess als nichtig erklärt werden kann, wurde mit 49 zu 48 Stimmen angenommen.

Aus internationalen Organisationen

UN-ECE: Vertreter des Uno-Umweltprogramms (UNEP), der Uno-Wirtschaftskommission für Europa (ECE), der Uno-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco), der Meteorologischen Weltorganisation (WMO), der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA), der Kommission der Europäischen Gemeinschaften (KEG), des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (CMEA), des Europarates, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und des Europäischen Wasserschutzbundes (EFPW) kamen auf der 13. Sekretariatssitzung über Wasserverschmutzung in Europa und alle damit zusammenhängenden Fragen am 28. und 29. Juni in Strass-

burg zusammen. Die Teilnehmer unterrichteten sich über ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet, bereiteten einen Austausch von Veröffentlichungen und Dokumenten vor und fassten eine chronologische Aufstellung weiterer Sitzungen ihrer Organisationen ab.

UNDP: Das Uno-Entwicklungsprogramm brachte eine Broschüre mit dem Titel «Au-delà des conflicts ou des compromis» (Jenseits von Konflikten oder Kompromissen — UNDP, 866 United Nations Plaza, New York NY 10017) heraus, die die Frage zu klären versucht, wie die drängende Notwendigkeit der wirtschaftlichen Expansion mit dem Umweltschutz zu vereinbaren sei.

UNEP: Auf der ersten Sitzung des Verwaltungsrates für das Uno-Umweltprogramm unter dem Vorsitz des schwedischen Landwirtschafts- und Umweltministers Bengtsson in Genf wurden allgemeine Richtlinien für die Verwaltung des UNEP-Fonds aufgestellt und das UNEP-Arbeitsprogramm für 1973/74 geprüft und gebilligt. Der Rat stellte 5,5 Mio Dollar für den UNEP-Fonds bereit und folgende Prioritäten für den Aktionsplan auf:

Wohnen, Gesundheit, Lebensraum und Wohlergehen des Menschen (1,2 Mio Dollar); Land, Wasser und Wüsten (1,0 Mio); Erziehung, Ausbildung, Fürsorge und Information (0,8 Mio); Handel, Wirtschaft, Technologie und Verbreitung von Techniken (0,5 Mio); Weltmeere (0,6 Mio); Schutz der Natur, des Lebens in freier Wildbahn und der Erbanlagen (0,5 Mio); Energie (0,1 Mio). Für das Programm zur Beobachtung

unseres Planeten wurden 0,5 Mio Dollar zur Verfügung gestellt, während 0,3 Mio der Weiterentwicklung des Programms dienen sollen.

EWG: Das von der Europäischen Kommission aufgestellte Aktionsprogramm zur Umwelt wurde am 19. Juli durch den Umwelt-Ministerrat in seiner Gesamtheit angenommen. Das 140 Seiten umfassende Programm stützt sich auf elf allgemeine Grundsätze, auf die eine europäische Politik zum Kampf gegen die Schädigung der Umwelt und zum Schutze der Natur aufgebaut werden sollte. Zu diesen Grundsätzen gehören unter anderem: «es muss ein Präventivkampf und nicht ein Kampf der Repressalien geführt werden» und «der Verschmutzer zahlt».

Die im Programm enthaltenen Aktionen können in drei Gruppen eingeteilt werden:

- Massnahmen zur Einschränkung und zur Vorbeugung gegen die Verschmutzung und die Schädigung der Umwelt
- Massnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation und der Qualität des Lebens
- Massnahmen, die von der Gemeinschaft ergriffen werden, oder gemeinsame Aktionen der Mitgliedstaaten internationaler Organisationen, die sich mit Umweltfragen befassen

Im gegenwärtigen Stadium beschränkt sich das Programm auf vordringliche Massnahmen, die in den nächsten beiden Jahren zu ergreifen sind. In etwa 18 Monaten sollen die Ergebnisse geprüft und neue Aktionen eingeleitet werden.

Der Staudamm von Emosson vor der Vollendung

In Trient ob Martigny im Wallis wurde der Durchstoss des Hauptstollens des Emosson-Kraftwerkes gefeiert. Damit geht die letzte Bauphase des 620-Millionen-Projekts ihrem Ende entgegen (Aufnahme: Comet)

